

Schefold, Werner

Sozialstaatliche Hilfen als "Verfahren". Pädagogisierung der Sozialpolitik - Politisierung Sozialer Arbeit?

Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis. Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 277-290. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 39)



Quellenangabe/ Reference:

Schefold, Werner: Sozialstaatliche Hilfen als "Verfahren". Pädagogisierung der Sozialpolitik - Politisierung Sozialer Arbeit? - In: Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis. Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 277-290 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-93928 - DOI: 10.25656/01:9392

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-93928>

<https://doi.org/10.25656/01:9392>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Erziehung und sozialer Wandel

Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung,
Theoriebildung und Praxis

Herausgegeben von Reinhard Fatke, Walter Hornstein,
Christian Lüders und Michael Winkler

Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anders Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1999 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung: Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41140

Inhaltsverzeichnis

WALTER HORNSTEIN

Erziehung und sozialer Wandel – Brennpunkte sozialpädagogischer
Forschung, Theoriebildung und Praxis. Eine Einführung in die Thematik
des Beihefts 7

Sozialpädagogisch relevante Problem- und Lebenslagen

KARL NEUMANN

Aufwachsen in Familien. Kindersituationen heute aus pädagogischer
Perspektive 17

JÜRGEN BARTHELMES

Raver, Rapper, Punks, Skinheads und viele andere. Beobachtungen
aus jugendkulturellen Szenen 39

WALTER HORNSTEIN

Generation und Generationenverhältnisse in der „radikalisierten
Moderne“. Theoretische Perspektiven und Forschungsaufgaben
in der Erziehungswissenschaft 51

THOMAS GERICKE

Von der Schule ins Aus. Die Krise des Ausbildungssystems und die
Aufgaben der Jugendsozialarbeit 69

HERBERT E. COLLA

„In Rußland war ich der ‚Faschist‘, in Deutschland bin ich der ‚Russe‘,
eigentlich sollte ich hier nur ‚Deutscher‘ sein.“ Zuwanderung junger
Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion – eine Problemskizze 83

Konzepte – Arbeitsformen – Praxisfelder

HEDI COLBERG-SCHRADER

Kindertageseinrichtungen – selbstverständlicher Teil kindlichen Lebens 99

MATHIAS SCHWABE

Sozialpädagogische Prozesse in Erziehungshilfen zwischen Planbarkeit
und Technologiedefizit 117

MICHAEL WINKLER

Flexibilisierung und Integration von Erziehungshilfen. Oder auch:
Überlegungen zur Selbstvergessenheit der Pädagogik 131

ELISABETH HELMING

Hilfen für Familien in Krisensituationen. Vom „Homebuilders Model“
über das „Families First Program“ zu Familienaktivierungs-Konzepten
in der Bundesrepublik Deutschland 153

FRANK BRAUN/TILLY LEX Zwischen Pädagogik und Betriebswirtschaft. Jugendhilfebetriebe als neues Modell der Jugendberufshilfe	169
MICHAEL GALUSKE/WERNER THOLE „Raus aus den Amtsstuben ...“. Niedrigschwellige, aufsuchende und akzeptierende sozialpädagogische Handlungsansätze – Methoden mit Zukunft?	183
CHRISTIAN LÜDERS Das Programm der rekonstruktiven Sozialpädagogik. Eine Kritik seiner Prämissen und Anmerkungen zu einigen Unterschieden zwischen sozialpädagogischem Handeln und Forschen	203
 <i>Aktuelle Probleme der Organisation sozialpädagogischer Praxis</i>	
THOMAS RAUSCHENBACH Grenzen der Lebensweltorientierung – Sozialpädagogik auf dem Weg zu „systemischer Effizienz“? Überlegungen zu den Folgen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit	223
GABY FLÖSSER/MATHIAS SCHMIDT Konzepte der Modernisierung sozialer Dienste	245
 <i>Sozialpolitische Rahmenbedingungen</i>	
LOTHAR BÖHNISCH Sozialpolitik und Sozialpädagogik. Gemeinsame Traditionslinien und ihre aktuellen Bezüge	261
WERNER SCHEFOLD Sozialstaatliche Hilfen als „Verfahren“. Pädagogisierung der Sozial- politik – Politisierung Sozialer Arbeit?	277
CHRISTIAN V. WOLFFERSDORFF Zwischen Reform und Krise. Neue Verwirrungen über die Aufgaben von Jugendhilfe und Kriminalpolitik	291
 <i>Europäische Perspektiven</i>	
WOLFGANG TREDE Konzepte der Heimerziehung im europäischen Vergleich	317
FRANZ HAMBURGER Politik und Pädagogik des Sozialen im Prozeß der europäischen Integration	339

Sozialstaatliche Hilfen als „Verfahren“

Pädagogisierung der Sozialpolitik – Politisierung Sozialer Arbeit?

1. Fallorientierte Sozialpolitik? Aktuelle Konvergenzen im Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit

Die Sozialpolitik in der Bundesrepublik ist im Umbruch, die Zukunft des sozialstaatlichen Gesellschaftsentwurfs ungewiß (vgl. z. B. KAUFMANN 1997). Zwischen der Schere strukturell bedrohter öffentlicher Finanzen einerseits, sich differenzierender Versorgungs- und Problemlagen sowie Wohlfahrts- und Sicherheitserwartungen der Bevölkerung andererseits werden Wege aus der Krise gesucht. Letztlich geht es um das epochale Problem, wie – folgt man MÜNCH (1998) – nach der an ihr Ende kommenden „Zweiten Moderne“, die durch eine Symbiose von Kapitalismus, Demokratie und Sozialstaat gekennzeichnet war, in der „Dritten Moderne“ Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der institutionellen Verfaßtheit der Gesellschaft balanciert werden sollen.

Zum Szenario des Umbruchs gehört auch, daß sich in den „Subpolitiken“ (BECK 1995) einzelner Leistungsbereiche neue Praxisformen entwickeln, die den Druck von Problemlagen und Modernisierungserwartungen aufzunehmen versuchen. Dies gilt vor allem für den Bereich personbezogener sozialer Dienstleistungen. Der Sozialen Arbeit verbleiben, trotz der Herausforderung durch marktbezogene Steuerungsmodelle, im Schatten der öffentlichen Auseinandersetzungen um den Standort Deutschland Handlungsspielräume; ihre Akteursstruktur läßt deren Wahrnehmung auch begrenzt zu.

Dieser Beitrag will eine dieser Entwicklungen diskutieren, die, ausgehend von der Kinder- und Jugendhilfe, die Form der Erbringung personbezogener sozialer Dienste betrifft: Sozialstaatliche Leistungen werden zunehmend in der Form von individueller Fallarbeit erbracht und organisiert, die in institutionalisierte „Verfahren“ integriert ist. Diese bestehen aus geregelten Interaktionssystemen zwischen Fachkräften und Anspruchsberechtigten und haben Rollen, Abläufe, Entscheidungssituationen u. a. ausgebildet. Diese Verfahren reichen in ihrer Struktur und ihren Möglichkeiten weit über klassische Fallarbeit, die von der Dominanz der Fachkräfte gekennzeichnet ist, und weit über die verwaltungsförmige Versorgung standardisierter Bedarfslagen mit standardisierten Leistungen hinaus. Sie repräsentieren neue Formen der Steuerung und Begleitung von Hilfeprozessen.

Damit eröffnet sich ein komplexer Zusammenhang von Individualisierung und zugleich Institutionalisierung der sozialstaatlichen Unterstützung. Sozialpolitik erfährt in Teilen ihres Leistungsspektrums eine Sozialpädagogisierung, indem Leistungen mit komplexen Kommunikationsprozessen verbunden werden.

Ebenso werden Teile der personbezogenen sozialen Dienste in neuer Weise sozialpolitisiert, insofern sie in objektivierten, rechtlich geregelten Abläufen erbracht werden.

Diese These soll an einem Beispiel diskutiert werden (Abschnitt 2). Es bezieht sich auf das Hilfeplanverfahren, das in den §§ 27 und 36 KJHG als ein Prototyp fallbezogener sozialstaatlicher Hilfe institutionalisiert ist. Die These bezieht sich freilich nicht allein auf das KJHG; „fallorientierte Sozialpolitik“ verbreitet sich in Teilen der Sozialhilfe (BSHG), der Arbeitsförderung (AFG), der Wohnhilfen und Wohnungsversorgung, der kommunalen Ausländer- und Flüchtlingspolitik, der Pflegeversicherung. Hier deutet sich etwas Neues an: Die Einlösung sozialpolitischer Leistungsansprüche gegenüber individualisierten Problemlagen, die der soziale Wandel in den Lebenslagen und Formen der Lebensführung von Klienten/Kunden hervorbringt, provoziert unter dem Vorzeichen von Ressourcenverknappung eine neue berufliche Praxis, die zwischen den Herausforderungen von Problemlagen, effektiver sozialstaatlicher Versorgung, Professionalität und bürgerrechtlicher Beteiligung eine Balance finden muß. – Anschließend an die Falldarstellung soll diese Form sozialpädagogischer bzw. sozialpolitischer Praxis als „Verfahren“ thematisiert werden (Abschnitt 3). Dar- aus lassen sich wichtige *sozialpolitische Aspekte* wie insbesondere auch solche Aspekte, die die Entwicklung *professionellen sozialpädagogischen Handelns* betreffen, erkennen (Abschnitt 4).

2. Sozialstaatliche Hilfe in biographischer Sicht

2.1 Der Fall „Spitzweg“¹

Die Lebensgeschichte von Frau Spitzweg, die hier aus Datenschutzgründen verfremdet wiedergegeben wird, läßt prägnant erkennen, welche Bedeutung unterschiedlichen sozialstaatlichen Leistungen in der Emergenz der Biographien einer Frau und ihrer zwei Kinder zukommt. Frau Spitzweg ist bei ihren Großeltern aufgewachsen; „ganz wunderbar eingebunden mit viel Liebe und viel lange Leine und Selbständigkeit“; ihre Mutter war 19 und unverheiratet, als sie zur Welt kam. Das Zusammenleben mit der Mutter begann, als Frau Spitzweg 10 war; Frau Spitzweg schildert es als „beengend“; ein älterer Stiefvater verstärkte diese Konstellation. Frau Spitzweg besucht „nur“ die Hauptschule, zieht mit 17 aus. Eine erste Ehe mit 21 wird bald in gegenseitigem Einvernehmen geschieden. Beruflich ist Frau Spitzweg ohne qualifizierte Ausbildung in der „Werbewelt“ tätig. Mit 28 schließt Frau Spitzweg eine zweite Ehe mit einem deutlich älteren Mann, bekommt einen Sohn; die Ehe geht auseinander, pendelt bis zum Zeitpunkt des Interviews zwischen Zusammenleben und Rückzug eines der Partner hin und her. Frau Spitzweg bringt, um arbeiten zu können, ihren kleinen Sohn bei ihren Schwiegereltern unter. Nach einem Jahr vermittelt das Jugendamt eine Tagesmutter; dieser Versuch endet nach kurzer Zeit durch massive Konflikte zwischen den „Müttern“. Frau Spitzweg bleibt zu Hause. Als ihr Sohn im Kindergartenalter ist, bekommt sie von ihrem

1 Der Fall wurde in einer empirischen Studie über „Elternbeteiligung an Hilfeprozessen und Hilfeplanverfahren“ erhoben und analysiert (vgl. SCHEFOLD u. a. 1998). Eltern, überwiegend alleinerziehende Mütter von Kindern und Jugendlichen, die nach KJHG Hilfen zur Erziehung erhielten, wurden nach ihren Erfahrungen rund um ihr Hilfeplanverfahren befragt. Dies geschah in insgesamt 14 autobiographisch-narrativen bzw. narrativ-episodischen Interviews. Die sehr ausgiebigen Erzählungen wurden transkribiert und, orientiert an den Verfahren, die vor allem von F. SCHÜTZE (1987) entwickelt wurden, in einem Arbeitsrahmen analog einer „Forschungswerkstatt“ detailliert ausgewertet.

– geschiedenen – Mann ein zweites Kind, eine Tochter. Die damit fälligen Kontakte mit den „Beamten“ des Jugendamtes wegen der nichtehelichen Geburt beschränken sich auf das Formale.

Als die Kinder im Kindergarten bzw. in der Schule versorgt sind, arbeitet Frau Spitzweg wieder. Diese Lebenssituation nimmt zwei Jahre vor dem Interview eine verlaufskurvenähnliche Entwicklung: Frau Spitzweg verliert die Kontrolle über ihr Leben, sie kann nicht mehr planen und gestalten, sondern nur noch reagieren (vgl. SCHÜTZE 1996). Sie ist 10 Stunden am Tage beschäftigt; Krankheiten häufen sich; ein Neurologe diagnostiziert Erschöpfungsdepressionen; Frau Spitzweg gibt ihre Arbeit auf, flieht in ihre private Welt, „schläft erstmal ein Vierteljahr“; die Doppelbelastung, die instabile private Situation haben sie „platt“ gemacht. Eine Rehabilitationskur in einer Klinik für psychosomatische Krankheiten („schwere Fälle“) bleibt erfolglos; eine bis heute andauernde Phase der Auseinandersetzung mit ihrer insgesamt als belastend erlebten Situation beginnt, die geprägt ist vom Versuch, Familie, Beziehungen, Arbeit im Rahmen der – hier nicht im einzelnen darstellbaren – biographischen Thematiken in einer befriedigenden Lebensform unterzubringen.

Bei einem Besuch einer Freundin lernt Frau Spitzweg Neustadt kennen; sie symbolisiert mit dieser Stadt schnell die ersehnte neue Lebensform, zieht mit den Kindern um. Die Situation in Neustadt ist zu Beginn widersprüchlich. Ihrem Hochgefühl, nun in einer für sie und ihre Kinder freundlichen, anregenden Umwelt zu leben, steht gegenüber, daß sie in N. völlig auf sich allein gestellt ist. Frau Spitzweg ist im dritten Jahr arbeitslos. Der erste Kontakt mit dem Sozialamt in N., nach dem Umzug, wird für sie eine „wahnsinnig enttäuschende“ Erfahrung. Frau Spitzweg beginnt dann eine Umschulung, die das Arbeitsamt finanziert. Sie tut sich damit sehr schwer, bricht die Maßnahme ab, da sie sich ohnehin keine Chancen zumißt, wird „krankgeschrieben“.

Auf der Suche nach einer Tagesbetreuung für ihre Tochter liest Frau Spitzweg in der Zeitung ein Inserat einer Tageseinrichtung, wendet sich dorthin, wird darauf hingewiesen, daß ein Platz nur über Kooperation mit dem Jugendamt zu haben sei. Sie bekommt mit einer Mitarbeiterin des Jugendamts zu tun: „Und das war der erste absolut wunderbare Kontakt, den ich hier in Neustadt hatte“. Über diese Mitarbeiterin lernt Frau Spitzweg dann eine Frau vom Allgemeinen Sozialdienst (ASD) kennen, erfährt den ASD als „absolut positive“ Einrichtung, die „über allen Einrichtungen“ Hilfe leistet.

Frau Spitzweg erhält situationsangepaßte, umfassende und praktische Hilfe. In einer Kur in einem therapeutisch orientierten Sanatorium, die von ihren amtlichen Helferinnen vermittelt wird, fühlt sie sich „mental“ erreicht, kann eine Deutung ihrer Situation erarbeiten, die auch die Verlaufskurvenpotentiale und Verletzungsdispositionen aus ihrer Biographie einschließt. Sie beginnt zu realisieren, wann und warum ihr die Kontrolle über ihr Leben entglitten ist und zu entgleiten droht. Sie intensiviert die biographische Arbeit an sich selbst (vorhergehende Versuche einer ambulanten Psychotherapie sind steckengeblieben). Frau Spitzweg sieht sich seit langem diffus als „hilfebedürftig“. Sie sieht als Ursache ihrer wiederkehrenden Erschöpfungsdepressionen ihr „Paket“ von Arbeit, Familie, Kinder und ihre Beziehungen. Sie sieht an sich starke Regressionsbedürfnisse und eine fortwährende Suche nach emotionaler Unterstützung und Aufgehobensein, beschreibt sich als kleines Mädchen auf der Suche nach ihrem Vater, den ihr der Großvater nicht ersetzen konnte.

Die Hilfeformen sichern sich gegenseitig ab. Als sie in Kur gehen soll, vermitteln die Mitarbeiterinnen den Kindern vorübergehend eine Pflegefamilie. Ihre Wohnung in Neustadt, in der – enttäuschten – Erwartung auf den Nachzug des Mannes zu groß und zu teuer gewählt, kann sie auf Intervention des ASD beim Wohnungsamt mit der Begründung behalten, daß die soziale Integration der Kinder in die Nahwelt nicht gefährdet werden dürfe. Zum Zeitpunkt des Interviews wird eine Erziehungsberatung für den Sohn angebahnt, der das Gymnasium besucht und in „pubertären“ Schwierigkeiten steckt; die Tochter soll in eine – im Vergleich zum Hort – kostengünstigere, ihrer unproblematischen Entwicklung entsprechende Einrichtung kommen, die von Eltern getragen wird. Frau Spitzwegs Erwerbssituation freilich bleibt problematisch.

2.2 Sozialstaatliche Hilfen aus der Sicht rekonstruierter biographischer Zusammenhänge

In dieser Lebensgeschichte wird trotz aller Kürze der Darstellung deutlich, welch unterschiedliche Formen von Hilfe Frau Spitzweg bekommen hat: die Unterstützung der Schwiegereltern, die einer Tagesmutter bzw. des Jugendamtes

bei der Versorgung des Sohnes, ärztliche Hilfe bis hin zur Verordnung einer Mutter-Kind-Kur, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG, Unterstützung durch eine Freundin, eine Umschulungsmaßnahme nach dem AFG, einen heilpädagogischen Hort für ihre Tochter, Beratung durch das Jugendamt nach dem KJHG, einige Therapiestunden, Hilfe beim Erhalt der Wohnung, eine Erziehungsbeistandschaft für ihre Tochter.

Frau Spitzweg versteht sich dabei in keiner Weise als „Wohlfahrtsmutter“. Ihre Lebensgeschichte und ihre Lebenslage sind für Alleinerziehende, insbesondere in Großstädten, keineswegs exzeptionell (vgl. SOZIALREFERAT MÜNCHEN 1994). Sie sieht sich als hilfebedürftig, ohne daß diese Bedürftigkeit von großen Krisen (mit Ausnahme ihrer Rückzugsphasen), von kritischen Lebensereignissen oder Devianz ausgelöst worden wären. Sie hat ein funktionierendes Bewältigungsmuster entwickelt, das doppelt strukturiert ist: Sie versucht, als Alleinerziehende durchzukommen, sich dabei aber unterstützen zu lassen, ohne ihre Selbständigkeit aufzugeben. In ihrer „Hilfekarriere“ mischen sich Leistungen unterschiedlicher sozialstaatlicher Systeme ebenso wie informelle Unterstützung synchron und diachron zu einem eigenen, individuellen „Wohlfahrtsmix“, der eine faktische Integration von Hilfen erkennen läßt:

(a) Verschiedene Leistungen verbinden sich periodisch zu Arrangements, welche erst in dieser Qualität die je aktuelle Lebenslage dominieren, so die durch Subsistenztransfers ermöglichten Moratorien vom Karussell Erwerbsarbeit/Familie und die therapeutischen Leistungen, denen sie Raum geben.

(b) Leistungen bringen, teilweise gemäß ihren institutionellen Zielsetzungen, teilweise über nicht-intendierte Folgen, biographische Prozeßabläufe voran; so die Umschulungsmaßnahme, auch die Therapie. Sie haben konstitutiven Anteil an der Emergenz neuer Situationen. Die Tagesmutter ermöglicht Frau Spitzweg zunächst Berufstätigkeit; der massive Konflikt mit der Tagesmutter veranlaßt Frau Spitzweg schließlich, ihre Berufstätigkeit aufzugeben; eine Phase der Existenzsicherung durch Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe beginnt.

(c) Leistungen stellen „Weichen“, bremsen Verlaufskurven, initiieren Wandlungsprozesse, selektieren damit individuelle Optionen. Die Erschöpfungsphase, welche durch die Doppelbelastung entsteht, kann letztlich durch den Rückzug in das Moratorium einer Kur aufgefangen werden. Diese Kur wirkt nur dadurch, daß Frau Spitzweg Zugang zu neuen, für ihre anstehende biographische Arbeit sehr förderlichen Sinnwelten erhält.

(d) Leistungen kontextualisieren und konditionieren sich wechselseitig im Hinblick auf Verfügbarkeit und Wirkung. Einflüsse auf situative Kontexte, soziale Konfigurationen, Prozeßstrukturen und Lebenslagen „interagieren“. Die Konstituierung stabiler helfender Beziehungen, in denen sich persönliche Zuwendung mit der Verfügung über amtliche Ressourcen mischen und ein besonderes Unterstützungsverhältnis herstellen, vermittelt Frau Spitzweg Sicherheit, die sich auf die Aneignung von Leistungen auswirkt. So verhilft z. B. auch die vorübergehende Klärung der Versorgungsprobleme der Kinder der zweiten Kur von Frau Spitzweg zum Erfolg.

(e) Leistungen haben über ihre offiziellen Zwecke hinaus ihre eigene, prozeßabhängige Produktivität. Nach schlechten Erfahrungen mit dem Sozialamt am ersten Wohnort helfen die Mitarbeiterinnen des ASD und Jugendamtes, welche den Hilfeprozeß im Rahmen der Hilfeplanung nach § 36 begleiten, Frau Spitzweg, ihre Ansprüche vor dem Sozialamt durchzusetzen. Dies liegt im Aufgabenspektrum des ASD; ungewöhnlicher schon eine andere Aktion: Obwohl die Wohnung, in der Frau Spitzweg zum Zeitpunkt des Interviews lebt, zu groß und zu teuer ist, vertritt die Mitarbeiterin des ASD die Position, Frau Spitzweg müsse in der Wohnung bleiben, um soziale Kontakte der Kinder nicht zu gefährden; sie setzt diese Position beim Sozialamt durch.

(f) Leistungen haben in dieser Biographie Erfolg und Mißerfolg; dies in überraschender, in der Emergenz der Ereignisse konstituierter und verständlich werdender Weise. So scheitert die Umschulungsmaßnahme an bis zu diesem Zeitpunkt ungeklärten psychischen Problemen, wohl auch an der gänzlich unbefriedigenden Konfiguration der sozialen Beziehungen dieses Lebensabschnitts.

Über diese sachlichen, zeitlichen, sozialen, auch räumlich vermittelten Zusammenhänge hinaus zeigt die Biographie von Frau Spitzweg auch das Entstehen individueller Rahmenbedingungen für Hilfe. Sie bilden gleichsam strukturell als persönliche *Haltungen und Dispositionen* Kontexte für die Responsivität und Wirksamkeit von sozialstaatlichen Leistungen. Die Aufschichtung von Erfahrungen, die Frau Spitzweg mit helfenden Instanzen institutioneller wie informeller Art macht, beeinflussen ihre Lebensführung, vor allem den Umgang mit Hilfe; biographisch sedimentierte Hilfee Erfahrungen wirken als Handlungsdispositionen, zählen – analog den sozialstaatlichen Ansprüchen – zu den Bedingungen ihrer Lebenslage. Dies führt zu Widersprüchen zwischen impliziten Klientenbildern und passiver Hilfekompetenz; Frau Spitzweg entspricht wiederholt nicht den kontrafaktisch unterstellten Klientenmodellen und Handlungsrationaltäten des AFG oder BSHG. Rollenkonfigurationen, welche für Lebensbewältigung notwendig sind, werden verfehlt. Diese und andere Zusammenhänge zwischen den „Ereignissen“ sozialstaatlicher Leistungen lassen sich auch anderen biographieanalytisch vorgehenden Arbeiten, die das Thema Hilfe aufnehmen, entnehmen (z.B. RIEMANN 1987; NÖLKE 1995). Die biographische Betrachtungsweise ermöglicht so einen fruchtbaren Zugang zur alten Frage nach dem „Output“ sozialpolitischer Leistungen.

Im vorliegenden Fall werden diese aus der Interviewdeutung erschlossenen Zusammenhänge erst durch das Verfahren des *Hilfeplans* nach § 36 KJHG ansatzweise explizit Gegenstand der Strukturierung von Hilfen. Hilfe gewinnt damit eine reflexive Qualität. Der Hilfeplan wirkt in dieser Hilfesgeschichte als eine lebensgeschichtlich spät ansetzende, den Verlauf der Geschichte stabilisierende Koordinierung von Unterstützung.

2.3 Lebenslagen, Lebensführung, Biographien als Kontexte sozialpolitischer Leistungen

Die Fallgeschichte läßt über diese wechselseitige Einflußnahme der Hilfeformen hinaus ebenso erkennen, daß sich sozialpolitische Leistungen auf *Zusammenhänge* von Lebenslagen und Formen der Lebensführung beziehen. So sind Situationen in der Biographie von Frau Spitzweg, in denen Hilfebedarf entsteht, immer auf zumindest zwei Prozeßlinien entstanden: einer Knappheit von Ressourcen, die letztlich auf die schlechte Erwerbssituation zurückgeht, und – damit in sehr unterschiedlich gekoppelten Zusammenhängen – persönliche Probleme, „Erschöpfung“, „Krise“, die aus sozialen Beziehungen und ihren Dynamiken, aus biographischen Dispositionen bzw. Verletzungsanfälligkeiten heraus zu verstehen sind.

Hilfe ist in diesem Fall verschränkt finanzielle Hilfe und personbezogene Dienstleistung in der Form einer unterstützenden Beziehung. Letztere ist notwendige Bedingung dafür, daß erstere überhaupt erfolgt bzw. im Alltag von Frau Spitzweg „ankommt“. Die Leistungen des Wohnungsamtes wie des Sozialamtes werden durch die positiven Beziehungen zu den Mitarbeiterinnen vom ASD und Jugendamt im doppelten Sinn vermittelt; letztere konstituieren Beziehungen, ein subjektives Gefühl von Aufgehobensein als psychische Korrelate der Lebenslage. Sie wirken auf Sinnzusammenhänge und individuelle Le-

bensplanung, in denen die materiellen Hilfen greifen. Plausibilisiert wird diese Deutung durch eine Sequenz des Interviews, die ein Kontrastbeispiel enthält: In einer Situation von Überlastung und Alleingelassensein mißlingt der Versuch, über eine Umschulungsmaßnahme berufliche Kompetenzen zu erwerben.

Frau Spitzwegs Biographie ist Beispiel eines bunten „Wohlfahrtsmix“ (EVERS 1990; BACKHAUS-MAUL/OLK 1992); dies sowohl bezogen auf den ordnungspolitischen Charakter der helfenden Instanzen – Freundin, ASD, Jugendamt –, wie auch, innerhalb des „Staatssektors“, auf die Qualität der Hilfen. Dieser Mix fügt sich in der sukzessiven Wirkung, die sich aus der biographischen Analyse rekonstruieren läßt, wie in der Deutung von Frau Spitzweg zu einer eigenen Struktur. Die positive Wende in der Lebens- und Fallgeschichte von Frau Spitzweg ist mit dem Einsetzen des Hilfeplanprozesses und hier insbesondere mit dem Auftauchen der beiden Mitarbeiterinnen vom ASD und Jugendamt verbunden. Frau Spitzweg steht damit institutionell wie sozial in einer umfassenden Betreuung, die, über ihre selbst definierten Bedarfslagen hinausgehend, kreativ in ihr Leben interveniert. Sie ist z. B. sehr positiv überrascht, daß die ASD-Mitarbeiterin ihr den Vorschlag macht, einmal eine Kur ohne ihre Kinder zu machen, und eine Pflegefamilie für die Kinder organisiert. Dies kommt ihrem eigenen Bedürfnis nach Beschäftigung mit sich, nach Arbeit an ihrem stark, aber diffus empfundenen Hilfebedürfnis entgegen.

Kern dieser positiven Hilfeerfahrung sind die offenen, stark ins Persönliche transformierten Beziehungen zu den Mitarbeiterinnen im Amt. Diese Beziehungen haben einerseits etwas Zufälliges; Rollen, die in der Lebensgeschichte von Frau Spitzweg als Erwartungs- und Orientierungsmuster entstanden sind, werden gut besetzt. Die Mitarbeiterinnen beweisen andererseits professionelle Qualitäten, die sich in einer guten Repräsentation der Fallgeschichte, in hoher Empathie, in der Fähigkeit, Beziehungen und Vertrauen aufzubauen, und in guter Netzwerkarbeit, im Erschließen von sozialstaatlichen und informellen Ressourcen zeigen.

3. Hilfe nach Verfahren: Sozialstaatliche Leistungserbringung im Schnittpunkt von Sozialpädagogik und Sozialpolitik ?

Die am Fall Spitzweg dargestellten Zusammenhänge unterschiedlicher sozialstaatlicher Leistungen sind den einzelnen helfenden Instanzen und Personen, welche die Leistungen erbracht haben, während der Fallarbeit vielleicht bewußt gewesen. Sie sind jedoch kaum Thema ausführlicher, fokussierter Kommunikation in und vor allem zwischen den Ämtern geworden. Erst mit dem Hilfeplanverfahren ist ein Prozeß in Gang gekommen, in dem nicht nur geholfen, sondern in einem Verfahren über den Hilfeprozeß kommuniziert wird, d.h. in eigenen Situationen und Interaktionszusammenhängen, nach gesetzlich und amtlich festgelegten Regeln, in differenzierten Rollen und unter professionellen Ansprüchen. Hilfe, so die Intention des KJHG, wird damit in ihren faktischen Abläufen, in ihrer sozialen, sachlichen und zeitlichen Extension zum Thema. Damit werden im Hilfeprozeß neue Interaktions- und Handlungsmöglichkeiten unter den professionellen Helfern und zwischen Helfern und Klienten/Kunden eröffnet bzw. modifiziert.

3.1 Der Hilfeplan nach § 36 KJHG als Prototyp einer neuen Dienstleistungsform

Diese Erweiterung von Hilfe im Fall Spitzweg hat ihre institutionelle Grundlage im Hilfeplan. Der *Hilfeplan* nach §§ 27 und 36 KJHG ist als Projekt zu sehen, die Zuteilung von Hilfen zur Erziehung nach einem spezifischen Verfahren zu regeln: Eine problemlösende Hilfe soll über eine Entscheidung in Gang gebracht werden, die den Kriterien der Beteiligung der Eltern, der Fachlichkeit, der Kooperation von Fachleuten, der laufenden Evaluation der Maßnahmen gerecht wird. Kern dieser Normierung ist die parallele Gültigkeit der Prinzipien von Fachlichkeit und Beteiligung (vgl. MÜNDER u. a. 1993; INSTITUT FÜR SOZIALE ARBEIT 1994; BAYERISCHES LANDESJUGENDAMT 1994; FALTERMEIER 1994; RICHTER 1995; MERCHEL/SCHRAPPER 1996).

Das Konzept des „Verfahrens“ legt mehrere Analyseebenen nahe: so die des *Rechts* als Regelungssystem für Handlungsabläufe. Der Status des Hilfeplans als Verfahren scheint hier diffus (MAAS 1994; RICHTER 1993); RICHTER ordnet ihn neuen Handlungsformen des „korporativen Staates“ zu (1993, S. 12). Sie zwingen jedoch zur Modifikation der vielen *individuellen* „Verfahren“ als Vorgehensweisen von Sozialarbeitern in ihrem Arbeitsalltag, die sich als routinisierte Aufgabenbewältigung ausgebildet haben. Darüber ist aufgrund der dürftigen Forschungslage wenig bekannt. Das innovative Moment des Hilfeplanverfahrens – MÜNDER (1995) zählt es neben der Kinder- und Jugendhilfeplanung zu den „maßgeblichen gesetzlichen Stellwerken“ (MÜNDER 1995, S. 212), welche die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen und vorantreiben – läßt sich am besten verdeutlichen und analysieren, wenn „Verfahren“ in einem sozialwissenschaftlichen Bezugsrahmen als spezifisches *soziales System* zur Bewältigung von Aufgaben verstanden werden.

Diese Perspektive hat LUHMANN (1975) in einer älteren Arbeit entwickelt. Er thematisiert Verfahren als soziale Systeme, welche die Funktion haben, Entscheidungen in und gegenüber einer komplexen Umwelt und komplexen Problemen zu erarbeiten. Sie werden durch selektive Entscheidungen der Beteiligten, die Alternativen eliminieren, Komplexität reduzieren, Ungewißheit absorbieren, vorangetrieben (op.cit., S. 40). Verfahren ermöglichen damit eine sinnvolle Orientierung des Handelns zur Lösung von Problemen, zur Bewältigung von Prozessen. Strukturiert sind sie durch Regeln, sie differenzieren Rollen aus, Situationen, sequentielle Handlungen, welche die elementare Interaktion der Beteiligten ermöglichen und begrenzen. Verfahren regeln also Kommunikationen, die zu Entscheidungen führen, ohne diese Entscheidungen selbst vorwegzunehmen. Die Beteiligten haben Spielräume, ihre Perspektiven und Interessen unterzubringen, noch „offene Komplexität“ aufzunehmen (op.cit., S. 47). Sie beziehen sich auf eine Umwelt: auf Aufgaben, Probleme, Prozesse; dies freilich in einer strukturierten Form, welche die gemeinsame „Bearbeitung“ dieser Umwelt ermöglicht und begrenzt.

Hilfeplanmodelle wie das vom STADTJUGENDAMT MÜNCHEN (1995) weisen diese Strukturen auf: Prinzipien und Regeln sind definiert, welche die Rollen der „Kunden“, der „federführenden“ Mitarbeiter, des Fachteams, anderer Experten normieren. Sequenzen in der Bearbeitung eines Falls sind festgelegt, fixieren soziale Situationen mit eigenen Aufgaben und Funktionen, so das Erstge-

spräch, das Hilfeplangespräch, die Evaluation der Maßnahme. Hilfeplanverfahren regeln so Hilfeprozesse, indem sie die kooperativen – oder auch sehr konflikthaften – Tätigkeiten und Interaktionen der Beteiligten strukturieren. Sie haben so eine gewisse Autonomie gegenüber ihrer Umwelt, den Ämtern, z.B. den Vorgesetzten, den beteiligten Familien, gegenüber anderen in eine Fallgeschichte involvierten Personen oder Institutionen. Hilfepläne strukturieren damit gleichsam *über* den sozialpädagogischen Handlungsprozessen der Erziehung, Beratung, Unterstützung eine eigenen Ebene, in der es um die Verhandlung über unterschiedliche Leistungsformen, deren Angemessenheit, Situierung und, letztlich, um deren Evaluation geht. Zwischen Formen der Hilfe, die „irgendwie“ in einer zeitlich, sachlich und sozial nur *ad hoc* strukturierten Interaktion zwischen Fachkräften und Klienten zustandekommen, und der Zuordnung von standardisierten Leistungen zu tendentiell standardisierten Bedarfslagen deutet sich ein neuer Weg der Wohlfahrtsproduktion an. Hilfe gewinnt gegenüber den engen Abläufen standardisierter Hilfen und der Unbestimmbarkeit persönlicher Zuwendung den Status geregelter Interaktion zwischen den Fachleuten und Anspruchsberechtigten und unter den Fachleuten selbst, in der Prozeßverläufe verfolgt und einzelne Akte verhandelt werden können. Hilfe wird damit in einer sozial strukturierten Weise reflexiv, sich selbst zum Thema. Die Institutionalisierung von Erwartungssicherheit und Enttäuschungsfestigkeit, nach LUHMANN (1972) Kennzeichen von Hilfe in modernen Gesellschaften, fokussiert sich auf eine spezifische Qualität der *Kommunikationsprozesse*, in der Leistungen auf der Grundlage subjektiv-rechtlicher Ansprüche erbracht werden.

Damit ist eine Grundmaxime des KJHG (*vom Eingriffsrecht zum Leistungsrecht*) nun auch prozedural umgesetzt worden. Die beiden grundlegenden Imperative der Fachlichkeit und Beteiligung werden in ein geregeltes Interaktionssystem umgesetzt und sollen darin balanciert werden. In den geläufigen Praktiken der Einzelfallarbeit war das Ziel, Partizipation der Betroffenen zu ermöglichen, an die methodische und professionsethische Selbstverpflichtung der Fachleute gebunden. Partizipation soll nun, in einer neuen Qualität, in einer Abfolge von prinzipiell *symmetrisch* strukturierten Interaktionssituationen gewährleistet werden.

3.2 Probleme und Paradoxien

Die Etablierung des Hilfeplanverfahrens stößt in der Praxis auf vielfältige Probleme. In der juristischen Sicht begründet die im Gesetz bestimmte Mitwirkung und Beteiligung der Kinder, Jugendlichen, Eltern und anderer Personen an Hilfeplanverfahren keine verfahrensrechtlichen Instrumente im Sinne des Sozialgesetzbuches; Eltern gelten nicht als Verfahrensbeteiligte mit genau fixierten Rechten im Sinne des Sozialgesetzbuchs (MAAS 1994, S. 190). In *praktizierten* Hilfeplanmodellen wie z.B. dem vom STADTJUGENDAMT MÜNCHEN (1995) wird jedoch in einer sehr differenzierten Weise für alle Hilfen zur Erziehung verbindlich geregelt, wie Mitarbeiter der Ämter und der Freien Träger beim Leisten von Hilfen zur Erziehung vorzugehen haben, welche Arbeitsschritte (Diagnose, Festlegung des erzieherischen Bedarfs u. a.), Gesprächssituationen (z.B. Hilfe-

plangespräche, Fachteamsprechungen u. a.) und Entscheidungen in welcher Weise und unter Berücksichtigung festgelegter Gütekriterien zu bewerkstelligen sind. Die Beteiligung der Eltern wird dabei stark betont.

Wesentlich an diesen Verfahren ist die Konstituierung eines doppelten Interaktions- und Sinnzusammenhangs zwischen Eltern, Kindern und Mitarbeitern; sie interagieren – dies gilt vor allem für Erziehungsberechtigte und Mitarbeiter – einmal als Verfahrensbeteiligte, in einem Rahmen, der ihre Beziehungen bestimmt, die sozialen Strukturen der Kommunikation; zum anderen verhandeln sie in diesem Rahmen die Probleme, die im Fall gegeben sind. Beteiligung findet auf mindestens zwei Ebenen statt: einer formalen und einer materiellen des Ressourcentransfers. Die Beteiligungschancen der Eltern werden durch die Prinzipien des KJHG verstärkt, darüber hinaus durch gleichsam „sachlogisch“ gegebene, maßnahmenimmanente Zwänge, die aus der nur gerichtlich begrenzbaren Souveränität der Erziehungsberechtigten in familialen Prozessen einerseits und dem Interesse des Staates (an sich selbst), Biographien zu normalisieren und damit Kosten für Sozialtransfers zu minimieren, resultieren.

Hilfeplanverfahren bleiben trotz aller plausiblen Ansätze zur Innovation durch das Paradox gekennzeichnet, daß eine soziale Symmetrie der Beziehungen in einem prinzipiell asymmetrischen Hilfeprozeß zur Geltung gebracht werden soll. Bürger nehmen als Staatsbürger und Sozialstaatsbürger an diesen Verfahren teil. Faktisch sind beide Beteiligungsebenen sicher stark verschränkt. Den Verfahren und ihren Rollenkonfigurationen wohnt ein Impuls zur Mündigkeit inne. Beteiligung selbst kann in vielen Fällen schon Hilfe sein. Eine Grundstruktur pädagogischer Interaktion, das Paradox der Autonomie des „Sozialisanden“ zeigt sich und wird als solches zur Bedingung und Aufgabe professionellen Handelns, das aus- und offenzuhalten ist (vgl. SCHÜTZE 1992). Trotz aller Verschränkung liegt die Bedeutung des Verfahrens jedoch darin, daß beide Rahmen – Beteiligung und Fachlichkeit – als Norm- und Sinnbezug durch alle Partner interaktionsleitend ins Spiel gebracht werden können.

Das Hilfeplanverfahren läßt sich, zusammenfassend, als organisatorisch-professioneller Kern einer Modernisierung der Jugendhilfe verstehen, die als „reflexiv“ gesehen werden kann, insofern nun auch Folgeprobleme „einfacher“ Modernisierung sozialer Hilfen zur Bearbeitung anstehen (BECK 1995). Die Differenzierung von Hilfearten nach dem KJHG gerät in den Verhandlungsprozessen in Bewegung, Kombinationen von Maßnahmen und neue Hilfeformen können ausgehandelt werden. Die Spezialisierung zwischen Fachkräften in den Ämtern und den Maßnahmeorten, zwischen externen Experten und den „Experten des Alltags“, die sich in Hilfeprozessen oft als unbefragte Kumulation von Falldeutungen in den Akten verselbständigt, kann thematisiert werden; Grenzen, die Institutionalisierungsprozesse schaffen, werden durchlässiger.

Diese mögliche Dynamik hat Folgen für die Organisation der Ämter bzw. Verbände. Sie treibt eine Enthierarchisierung von Entscheidungsvollmachten voran, betont damit die Notwendigkeit horizontaler Kommunikation unter den MitarbeiterInnen und fördert eine Dezentrierung von Perspektiven (vgl. MÜLLER 1992). Sie steuert auch Informationen und Impulse zu den Planungsprozessen bei, welche der Reproduktion der Infrastruktur sozialpolitischer Leistungen dienen, so z. B. der Kinder- und Jugendhilfeplanung (§§ 80 KJHG). Hier zeigen sich freilich auch Entwicklungsbarrieren.

4. Sozialpolitische und sozialpädagogische Folgen und Probleme

4.1 Verfahren als teilautonomer Bereich der Wohlfahrtsproduktion? Sozialpolitische Aspekte

Viele Informationen aus dem sozialen Sektor legen nahe, von Tendenzen zur Ausweitung fallbezogener, durch Verfahren geregelter Wohlfahrtsproduktion in klassischen Feldern der Sozialpolitik zu sprechen. Die Krise des Sozialstaats hat, neben anderen, auch die Facette, daß in einer Gesellschaft im Individualisierungstrend neben den „retrospektiv bilanzierenden“ Leistungssystemen wie z. B. der Rentenversicherung (ZACHER 1987, zit. n. ALLMENDINGER 1995, S. 182) die „situationsspezifischen Systeme“, die Lebensläufe prospektiv strukturieren und eine „konkrete Leistungsbestimmung“ haben, bedeutsamer werden. Sie gewähren „das für den Fall Richtige“; die „individuell obwaltenden Lebensumstände“ müssen berücksichtigt werden (op.cit., S. 183). Neue lebensweltlich und biographisch zielgenauere, finale „um zu“-Hilfeformen sind gefordert; Lebensläufe, -verläufe und Biographien rücken als Bezugspunkte für die Definition von Leistungen in den Vordergrund. Die Dimension der Lebenszeit wird in sozialpolitischen Leistungszusammenhängen immer bedeutsamer (LEIBFRIED/LEISERING 1995).

Damit deutet sich eine stärkere Integration sozialpolitischer und sozialarbeiterischer Leistungsformen an. Differenzen verlieren an Bedeutung: die Differenz von Politik und Pädagogik als sozialstrukturbezogener bzw. personbezogener Praxis; die Differenz von kodifizierten Rechtsgrundlagen und kontingenter Nächstenliebe als Grundlagen des Handelns, von Geld und guten Worten als Operationsweisen von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. Neben den symbolisch generalisierten Ressourcen bzw. Steuerungsmedien „Recht“ und „Geld“ als Medien der Sozialpolitik werden, nach LUHMANNs Begriffen (1997, Bd. 2) die Steuerungsmedien „Liebe“ und „Sinn“ wichtig.

Diese Entwicklungen sind freilich nur auf der Grundlage gesetzlich verbrieftener Leistungsansprüche möglich. Die Individualisierung von Hilfe *qua* Verfahren würde ohne subjektiv-rechtliche Ansprüche oder Gewährleistungsverpflichtungen der Institutionen wohl schnell ausgehöhlt. Leistungsansprüche und Beteiligungsregeln konstituieren Sicherheit und Flexibilität moderner Hilfe. So geht z.B. die Modernisierung sozialer Dienste in Form der „Sozialbürgerhäuser“ (z.B. in München) von sozialstaatlichen Gesetzen aus. Im Rahmen dieser gesetzlichen Vorgaben müssen die zuständigen staatlichen und kommunalen Träger bzw. Haushalte Mittel bereitstellen. Sind diese Bedingungen erfüllt, können Verfahren eine eigene Qualität entfalten. Ohne diese etatistischen ordnungspolitischen Vorgaben wären die staatsbürgerlichen Freiheiten, auf welche die Verfahren setzen, leer, die Beiträge von Organisations- und Professionsentwicklung ohne Substanz.

Die über Verfahren organisierte Fallbezogenheit sozialer Leistungserbringung wirft eine Reihe von Fragen auf, welche Legitimations- wie Nutzenprobleme betreffen. Zunächst: Inwiefern stellen die skizzierten Entwicklungen in den Traditionen des sozialen Sektors etwas Neues dar? Verfahren in der hier diskutierten Struktur gehen weit über traditionale sozialarbeiterische Fallarbeit hinaus; sie lassen auch die Hilfskonzepte der klassischen Fürsorgetheorie (z.B.

SCHERPNER 1974) hinter sich. Hilfe wird nicht allein durch methodische Konzepte der Fachleute reguliert. Hilfe ist doppelt fundiert: in staatsbürgerlichen *und* sozialstaatlichen Rechten, die z. B. im KJHG festgehalten sind, in sozialen Leistungen *und* in Interaktionsregeln, in Ansprüchen auf Ressourcen *und* Ansprüchen auf Kommunikation. Sie *zusammen* sollen Reflexivität in bezug auf den Hilfeprozeß, Effektivität in den je individuellen Zusammenhängen von Lebensführung und Lebenslage gewährleisten.

Dennoch hat fallspezifische, verfahrensregulierte sozialstaatliche Leistungserbringung ihre Dilemmata: Leistungen werden kontingent, von Interaktionen, mithin von Personen und ihren Kompetenzen, abhängig. Die Hilfe wird personnäher, damit vielleicht auch funktionaler, gleichzeitig erhöhen sich Kontrollmöglichkeiten. Eine Problemstellung wird verschärft, die in der Sozialpädagogik vor Jahren unter dem Begriff des „Sozialisationsstaates“ diskutiert worden ist (vgl. BARABAS u. a. 1978). Bekämen im Rahmen einer umfassenden, wenn auch verfahrensgeleiteten Konzeption von Hilfe sozialstaatliche Dienstleistungen nicht doch wieder stärker den Status willkürlicher Hilfen, würde, wie U. K. PREUSS (1981, zit. n. NAGEL 1993, S. 151) in bezug auf soziale Dienstleistungen meinte, „Herrschaft ... unmittelbar persönlich und konkret“. Konditionale Programmierungen von Hilfe können universalistisch ansetzen, sie verallgemeinern Bedarfslagen und Interventionen. Sie schaffen „Gleichheit“, bürokratische Verteilungsgerechtigkeit. Dies setzt freilich eine starke Spezifizierung und Standardisierung von Bedarfslagen, sozialen „Umwelten“ und Ressourcenarten bzw. „Medien“ voraus, in denen Hilfe stattfindet.

Durch eine fall- bzw. personbezogene Hilfe unter Aspekten der Rechtsstaatlichkeit *und* Sozialstaatlichkeit werden Dilemmata in den Bereich des Aushandelns, mithin auch in den Bereich professionellen Handelns verschoben. „Unterhalb“ der Regeln konstituieren sich in der Interaktion zwischen Personen aus unterschiedlichen, einander fremden sozialen Welten Beziehungen höchst unterschiedlicher Qualität. Diese Prozesse werden zentrales Thema sozialpädagogischer Helfeforschung sein müssen. Das Recht der Eltern auf Mitwirkung ist im Ablauf der Interaktionen oft nur wirksam, wenn, wie die Studie über Elternbeteiligung zeigt (SCHEFOLD u. a. 1998), „Mitwirkung“ als Ziel auch in das verfahrensgeleitete Interaktionsgeschehen und in die professionelle Orientierung der MitarbeiterInnen der Ämter eingeht. Der Sozialen Arbeit stellt sich die oft kontrafaktisch unterstellte Mündigkeit des Wahlbürgers, des Konsumenten immer auch noch als pädagogische Herausforderung. Der Bereich professionellen Handelns wird sowohl in bezug auf Methoden wie auf ethische Orientierungen aufgewertet. Damit verstärken sich freilich auch Paradoxien moderner sozialpädagogischer Professionalität, die bearbeitet und reflektiert werden müssen, ohne aufgehoben werden zu können (vgl. SCHÜTZE 1992).

4.2 Herausforderungen und Impulse für die Sozialpädagogik

Sozialstaatliche Leistungserbringung im Rahmen von Verfahren erfordert auch von der Sozialen Arbeit Entwicklungsschübe; sie lassen sich auf die Struktur des Verfahrens sowie auf das Handeln der Akteure beziehen. Die Ergebnisse der

Studie zur Evaluation des Münchner Hilfeplanmodells zeigen eine Reihe von Desideraten gegenüber der Struktur:

Strukturelle Differenzierung: In vielen, insbesondere in schwierigen Fällen agiert die federführende Fachkraft in widersprüchlichen Bezügen: als Leiterin des Verfahrens, als Sachwalterin der Belange des Jugendamts, des Kindeswohls, der Eltern. Diese Widersprüchlichkeit ist im § 36 des KJHG in der Hoffnung auf kommunikativen Ausgleich angelegt. Eine strukturelle Differenzierung des Verfahrens wäre oft sinnvoll: Die Verfahrensleitung könnte z.B. einer Fachperson übergeben werden, die nur damit beschäftigt ist.

Anerkennung neuer Helferrollen: Insbesondere in schwierigen Fällen sollten Eltern die Möglichkeit haben, sich durch Personen begleiten und beraten zu lassen, die ihr Vertrauen haben und zugleich bei Ämtern akzeptiert sind: „Scharnierpersonen“, die gleichermaßen Zugang zu den Eltern wie zu den Ämtern und Mitarbeiterinnen haben.

Transparenz und Dokumentation des Verfahrens: Hilfeprozesse und -verfahren sind komplex, Transparenz wird vor allem für die Eltern zum Problem, insbesondere in Bezug auf die Verhandlungen in den Fachteams oder zwischen den Ämtern und Einrichtungen. Über die gängige Aktenführung hinaus müßten kreative Informationswege eröffnet werden. Sie wären Voraussetzung für Revisionsmöglichkeiten von Entscheidungen.

Integration unterschiedlicher Hilfen: Hilfeprozesse, die aus der Sicht der Eltern erfolgreich waren, sind meist Prozesse, in denen Hilfen nach dem KJHG und andere Formen sozialstaatlicher Unterstützung und informelle Hilfen integriert sind. Dies hätte einen Ausbau des Hilfeplanverfahrens im Sinne einer Kooperation unterschiedlicher Leistungsträger zur Folge. In diese Richtung geht das Modell des „Maßnahmenplans“ im Rahmen der Münchner Sozialbürgerhäuser.

Verfahren geben professionellem Handeln in der Sozialen Arbeit einen eigenen sozialen Ort. Die Rolle der „federführenden Fachkraft“ im Hilfeplanprozeß sprengt Rahmenbedingungen wie z.B. die Einbindung in bürokratische Hierarchien, die Zu- oder Unterordnung unter andere Professionen. In der Denkfigur des „doppelten Mandats“ würden amtliche Bindungen durch Verfahrensregeln und Beteiligungsrechte gerahmt (vgl. BÖHNISCH/LÖSCH 1973).

Dies erfordert eine Weiterentwicklung professionellen Handelns; zwei Kompetenzbereiche sollen hier hervorgehoben werden: (a) Kommunikation wird in den Verfahren zentral. Fähigkeiten der Gesprächsführung, der „klientenzentrierten“ Beratung u. a. werden aufgewertet und eingefordert. Die Fähigkeiten, mit fremden Welten und Menschen umzugehen, wird immer wichtiger. Darüber hinaus verlangen Verfahren verstärkt Fähigkeiten zur Arbeit in Gruppen, so z.B. im Fachteam. (b) Hilfeverfahren erfordern die besondere Kompetenz der Fachleute und Fachteams, Fallgeschichten als Ganze in den Blick nehmen zu können. Fast alle Informantinnen in den Interviews, die der Evaluationsstudie (SCHEFOLD u. a. 1998) zugrunde lagen, haben beklagt, daß sie ihre Probleme und ihre Lebensgeschichte nicht oder nicht hinreichend von den helfenden Personen berücksichtigt sahen und sich selbst nicht verstanden fühlten – ein altes Dilemma der Sozialen Arbeit. In dieser Richtung gibt es im Bereich der sozialpädagogischen Fallarbeit Entwicklungsbedarf. Gegenwärtig wird in der Fachdiskussion die alte Methode der Fallanalyse durch neue, aus den Sozialwissenschaft-

ten stammende Methoden qualitativer Sozialforschung verändert, verbessert und aufgewertet (vgl. FATKE 1995; JAKOB/v. WENSIERSKI 1996). Der Hilfeplan legt Qualifizierung in Richtung einer genuin sozialpädagogischen Fallarbeit nahe. Damit verbunden werden neue Orte praxisnaher Reflexion vorgeschlagen, so Innovationswerkstätten, die an alltägliche Arbeitsabläufe in den Dienststellen adaptiert sind (vgl. z.B. GLINKA 1997).

Diese Entwicklungen in Strukturen und Kompetenzen können in der Sozialen Arbeit nur über Lernprozesse von Personen und Organisationen vorangetrieben werden. Im Umbruch des Sozialstaats eröffnen sich vielen Akteuren Chancen, durch Projekte, durch wissenschaftlich gestützte Selbst-Evaluation, durch darauf gestützte Diskurse ihre Traditionen und Kompetenzen für die Zukunft des Sozialstaates praktisch zu nutzen.

Literatur

- ALLMENDINGER J.: Die sozialpolitische Bilanzierung von Lebensverläufen. In: BERGER, P. A./SOPP, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen 1995, S. 179–204.
- BACKHAUS-MAUL, H./OLK, TH.: Intermediäre Organisationen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In: SCHMÄHL, W. (Hrsg.): Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Einigung. Frankfurt/M. 1992, S. 91–132.
- BARABAS, F./BLANKE, TH./SACHSSE CH./STASCHEIT, U.: Zur Theorie der Sozialarbeit. Sozialisation als gesellschaftliche Praxis. In: DIESS. (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialarbeit 1978. Reinbek 1977, S. 490–535.
- BAYERISCHES LANDESJUGENDAMT: Vorschlag zum Hilfeplan. München 1994.
- BECK, U.: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt/M. 1995.
- BÖHNISCH, L./LÖSCH, H.: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: OTTO, H.-U./SCHNEIDER, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Bd. 2. Neuwied/Darmstadt 1973, S. 21–40.
- EVERS, A.: Im intermediären Bereich. Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt. In: Journal für Sozialforschung (1990), Heft 2, S. 189–211.
- FATKE, R.: Das Allgemeine und das Besondere in pädagogischen Fallgeschichten. In: Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995), S. 681–696.
- FALTERMEIER, J. (Hrsg.): Hilfeplanung konkret. (Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Bd. 34.) Frankfurt/M. 1994.
- GLINKA, H.-J.: Das narrative Interview. München/Weinheim 1997.
- JAKOB, G./v. WENSIERSKI, H.-J. (Hrsg.): Rekonstruktive Sozialpädagogik. Weinheim/München 1996.
- KAUFMANN, F.-X.: Herausforderungen der Sozialpolitik. Frankfurt/M. 1997.
- LEIBFRIED, S./LEISERING, L.: Zeit der Armut. Frankfurt/M. 1995.
- LUHMANN, N.: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: OTTO, H.-U./SCHNEIDER, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Bd. 1. Neuwied 1972, S. 21–43.
- LUHMANN, N.: Legitimation durch Verfahren. Neuwied 1975.
- LUHMANN, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt/M. 1997.
- MAAS, U.: Soziale Arbeit als Verwaltungshandeln. Weinheim/München 1994.
- MERCHEL, J./SCHRAPPER, CH.: Neue Steuerung. Tendenzen der Organisationsentwicklung in der Sozialverwaltung. Münster 1996.
- MÜLLER, B.: Sozialpädagogisches Können. Freiburg 1992.
- MÜNCH, R.: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt/M. 1998.
- MÜNDER, J., u. a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG. Münster 1993.
- MÜNDER, J.: Die maßgeblichen gesetzlichen Stellwerke für Jugendhilfe als Dienstleistung. In: Jugendhilfe 33 (1995), S. 212–217.
- NAGEL, U.: Hilfe als Profession. In: LEISERING, L., u. a. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Weinheim 1993, S. 149–162.
- NÖLKE, E.: Jugend und Marginalisierung. Weinheim 1995.

- RICHTER, R.I.: Oliver und Pharaon. In: Diskurs 3 (1993), S. 11–21.
- RIEMANN, G.: Das Fremdwerden der eigenen Biographie. München 1987.
- SCHEFOLD, W./GLINKA, H. G./NEUBERGER, C./TILEMANN, F.: Hilfeplanverfahren und Elternbeteiligung. Eine Evaluationsstudie. Frankfurt/M. 1998.
- SCHERPNER, H.: Theorie der Fürsorge. Göttingen ²1974.
- SCHÜTZE, F.: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. In: Studienbrief für die Fernuniversität Hagen. Hagen 1987.
- SCHÜTZE, F.: Sozialarbeit als bescheidene Profession. In: DEWE, B., u. a. (Hrsg.): Erziehen als Profession. Opladen 1992, S. 113–147.
- SCHÜTZE, F.: Verlaufskurven des Erleidens als Forschungsgegenstand der interpretativen Soziologie. In: KRÜGER, H.-H./MAROTZKI, W. (Hrsg.): Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung. Opladen ²1996, S. 116–158.
- SOZIALREFERAT MÜNCHEN: Alleinerziehende in München. München 1994.
- STADTJUGENDAMT MÜNCHEN: Hilfeplanmodell für die Landeshauptstadt München. München 1995.
- ZACHER, H.F.: Grundtypen des Sozialrechts. In: FÜRST, W./HERZOG, R./UMBACH, D. C. (Hrsg.): Festschrift für Wolfgang Zeidler. Berlin 1987, S. 571–595.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Werner Schefold, Universität der Bundeswehr, Werner-Heisenberg-Weg 39,
85579 Neubiberg.